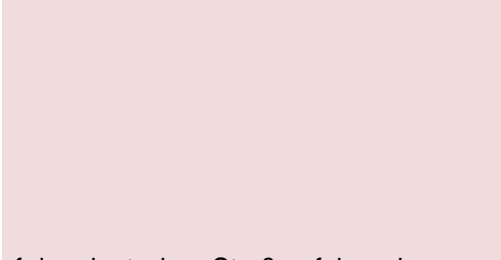


EEG: Wind- und Solarenergie in Gefahr? (01.10.2019)



Strom wird in Deutschland dank erneuerbarer Energien immer klimafreundlicher. Doch der Ausbau der Anlagen ist teuer – für viele Verbraucher lohnt sich der Umstieg nicht. Deshalb möchte die CDU nun die EEG-Umlage abschaffen und die Stromsteuer senken. Fraglich ist jedoch, ob ohne EEG-Förderung noch genug Wind- und Solaranlagen gebaut werden, um ausreichend Ökostrom zu produzieren.

Auf den deutschen Straßen fahren immer mehr Elektroautos, Haushalte lassen in den kalten Wintermonaten ihre Wohnung von einer Wärmepumpe heizen: In Zukunft wird der Strombedarf weiter steigen – und das am besten klimafreundlich. Atomkraft und Braunkohle als Stromquelle sollen dann der Vergangenheit angehören. Die Bundesregierung hat beschlossen, 65 Prozent des Stroms bis 2030 aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Aktuell liegt der Anteil bei etwa 40 Prozent. Nun will die CDU-Parteispitze die EEG-Umlage komplett abschaffen. Im November wollen die Christdemokraten auf ihrem Bundesparteitag darüber abstimmen.

Ohne Förderung würde es weniger Erneuerbare geben

Durch das Erneuerbare Energie Gesetz (EEG) bekommen etwa die Betreiber von Windrädern feste Vergütungen für den von ihnen eingespeisten Strom. Durch die öffentliche Ausschreibung dieser Vergütungen konnten die Förderbeträge deutlich gesenkt werden, für einige Anlagen sogar auf null. Doch um die Klimaziele sicher zu erreichen, muss umweltfreundlicher Strom im Vergleich zu herkömmlicher Energie günstiger werden. Die CO₂-Bepreisung kann dazu einen Beitrag liefern, doch ganz ohne Förderung würden weniger Anlagen entstehen. Schon heute werden aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren kaum noch Windkraftanlagen gebaut. Eine komplette Abschaffung der Förderungen würde das Erreichen des Klimaziels deutlich erschweren.

Finanzierung aus dem Bundeshaushalt

Da die EEG-Förderung für eine Laufzeit von 20 Jahren zugesagt wird, bleibt die Finanzierungslast von etwa 25 Milliarden Euro pro Jahr selbst bei einer sofortigen Abschaffung bestehen. Neue Anlagen könnten jedoch auch aus dem Bundeshaushalt, also von allen Steuerzahlern finanziert werden. Die EEG-Umlage könnte in ihrer bisherigen Form dann langsam auslaufen – Jahr für Jahr würden die Verbraucher dadurch bei den Stromkosten entlastet. Auch das Risiko, dass der Ausbau der Erneuerbaren zum Erliegen kommt, würde dadurch verringert.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Kn e.V.